

Eine mörderische Entrechtung Hilfloser

Inzwischen ist der Krieg, den die russische Regierung am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine angezettelt hat, in sein zweites Halbjahr gegangen. Bis dato haben fast sieben Millionen Menschen das Land auf dem Fluchtweg verlassen. Zu den bis Ende 2021 schon 1,94 Mio. Schutzsuchenden in Deutschland kamen seit Kriegsausbruch noch über 1 Mio. aus der Ukraine dazu, davon wurden etwa 40.000 in Schleswig-Holstein erfasst.

Die Vereinten Nationen haben seit Februar und bis September dieses Jahres in der Ukraine mehr als 5.800 getötete und 8.400 verwundete Zivilisten gezählt. Eine weitaus höhere Zahl getöteter Soldaten beider Seiten ist wahrscheinlich. Die von übereifrigen Journalist*innen gern betriebene Kategorisierung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine als „Vernichtungskrieg“ ist umstritten. Wenn man den Begriff des Vernichtungskriegs der Nazis mit immerhin 45 Mio. nichtdeutschen Todesopfern „auf andere Kriege mit ungleich weniger Toten in der Zivilbevölkerung überträgt, wird dieser Unterschied eingeebnet und wir kommen dann zu einer undifferenzierten Betrachtung“, kritisiert der Historiker Ulrich Herbert.

Im Schatten des auch zu einer Propagandaschlacht der Nationalist*innen mutierten Krieges verschwinden reihenweise Demokrat*innen und Kritiker*innen des Waffengangs in russischen Knästen oder versuchen außer Landes zu kommen. Gleichzeitig wird deutlicher, dass nicht alle Kräfte der ukrainischen Eliten sich in der Rolle der Verteidiger jener europäischen Werte verstehen, die ihnen von EU-Regierungen gern unterstellt werden. Es ist die Zeit der Derussifizierer, die mit unverhohlener Lust an der kulturellen Gleichschaltung klassische russische Kulturschaffende von Tolstoi bis Puschkin von Straßenschildern, aus Schulbüchern und die russische Sprache aus dem Alltag tilgen – aber Ukrainer auf Denkmälern und in Geschichtsbüchern, die sich einst als ukrainische Faschisten und Massentotschläger einen Namen gemacht haben, unangetastet lassen.

Letztere und mit ihnen Kollaborierende beherrschten ihr Werk auch schon, bevor ihnen die Waffen-SS erst richtig auf die Sprünge half, doziert der US-Historiker Jeffrey Veidlinger. Schon nach dem ersten Weltkrieg wären im Land 100.000 Juden von ihren Nachbarn, ukrainischen Bauern, polnischen Städten, russischen Soldaten und Militärs anderer Staaten getötet worden. Zwischen 1918 und 1921 fanden etwa 1.000 Pogrome an 500 Orten statt. 600.000 Juden mussten außer Landes fliehen. Mit dem Überfall durch die Wehrmacht 1941 beteiligten sich u.a. auch der ukrainische Nationalist Stefan Bandera und seine faschistischen Rotten an der nächsten Etappe der Menschenjagd mit allein 1,5 Mio. jüdischen Opfern.

Die russische Regierung verfolgt seit Monaten vermeintlich Oppositionelle. Auch die Proteste gegen die Mobilmachung gehen mit massenhaften Inhaftierungen aller, die dem Frieden viel und dem Krieg gegen die Ukraine so gar nichts abgewinnen können, einher. Der Exodus russischer und belarussischer Kriegsdienstverweigerer stößt aber auch im Westen auf kein Willkommen – und auf das Misstrauen der hier exilierten Ukrainer*innen.

Noch unbeliebter als russische Schutzsuchende bleiben wohl auch künftig solche aus nichteuropäischen Kriegen und Überlebensnöten. Die Ausnahme von dieser Regel ist ein Türchen, das sich wohl jetzt für Verfolgte und Gefährdete aus Afghanistan öffnet. Doch Iraner*innen wird trotz aller öffentlich verkündeten Krokodilstränen über die Gewalt in der Islamischen Republik nur für drei Monate ein Abschiebungsstopp zugestanden. Zu hoffen bleibt, dass die Innenministerkonferenz im Dezember da nochmal nachlegt.

Unter dem Eindruck einer erwarteten wirtschaftlichen Rezession spielen die Gewalt und die Not, denen Menschen aus dem Globalen Süden zu entkommen suchen, in der europäischen Politik kaum noch eine Rolle. Die „illegale Einreise“, ein Vergehen, das selbst die Genfer Flüchtlingskonvention allen Flüchtlingen straflos zugesteht, und das Rechtsinstitut der „Identitätsklärung“

geraten zum pauschalen Ausschlussstatbestand für staatliches Willkommen und zum Rechtfertigungsmantra einer würdelosen Aufenthaltsbeendigungspraxis und der für Geflüchtete unüberwindbaren Grenzen.

Christian Jakob, Taz-Journalist, verzweifelt: „Der Blick nach Malta, nach Libyen, nach Italien, nach Algerien, nach Ceuta und Melilla, an den Ärmelkanal, an die Grenzen von Polen und Belarus, von Kroatien und Serbien zeigt ein ähnliches Bild: eine mörderische Entrechtung Hilfloser, wofür sich heute niemand mehr ernsthaft schämt, wofür keine politischen Konsequenzen mehr zu befürchten sind. Im Wochentakt sinken Flüchtlingsboote im Mittelmeer, obwohl ihre Rettung ein Leichtes wäre. Welche Rolle Deutschland, lange Treiber der Abschottung, in dieser Lage spielen will, ist offen.“

Dabei sind die aktuellen Zahlen Geflüchteter erst ein Vorgeschmack auf eine weltweit von sozialer Not und Verteilungskämpfen gekennzeichnete Zukunft. Der Klimawandel überfällt schon jetzt die Menschen mit Dürren und Fluten. Als erster Staat hat Dänemark Geld für arme Länder zugesagt, um für Schäden und Verluste infolge der Klimakrise aufzukommen. 100 Millionen Dänische Kronen (13,4 Millionen Euro) sind zwar eine allzu übersichtliche Größe, aber Dänemark bricht damit das Tabu der Verursacherstaaten, dem Globalen Süden für die Folgen des Klimawandels zu entschädigen.

Die Opfer weltweiter Machtkämpfe, klimatisch bedingter Verelendung sowie europäischer und nationaler Flüchtlingspolitik sind insbesondere Frauen. Ihr Anteil unter den weltweit Fliehenden steigt unaufhaltsam. In Schleswig-Holstein beträgt Ihr Anteil inzwischen 63 Prozent. Es ist ein gutes Zeichen, dass die amtierende Landesregierung mit der Neuaufgabe eines Landesaufnahmeprogramms besonders Frauen in den Fokus nimmt und ihre soziale und berufliche Integration besonders fördern will.

Den Unterstützungsiniciativen und Integrationsnetzwerken im Bundesland sind schutzsuchende Frauen und Männer aus allen Herkunftsländern willkommen und sie stehen zu ihrer Unterstützung in jeder Aufenthaltssituation bereit.

Von nichts kommt allerdings auch nichts. Flüchtlingshilfe in sozialen Nottlagen, bei der Familienzusammenführung oder bei Bedarf von Rechtshilfen in einem nicht selten erbarmungslosen Aufenthaltsrechtssystem braucht finanzielle Unterstützung. Dafür wirbt unverdrossen der FÖRDERverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. - wir hoffen, mit Erfolg!

Martin Link

Kiel, 18.10.2022

Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein – Der Schlepper Nr. 105 wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Angebote zur Mitarbeit sind herzlich willkommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Martin Link (v.i.S.d.P.), Eva Biereder, Hanna Thorun • **Layout:** Kirstin Strecker • **Druck:** hansadruck, Kiel • **Fotos:** Titel (Marziya Ahmadi), Seiten 4, 17 (Privat), Seite 5 (Junge Welt), Seite 15 (Julia Bousboa), Seite 22 (Reinhard Pohl), Seite 23 (Kirstin Strecker), Seite 30 (Martin Link), Seite 37 (Connection e.V.), Seiten 41, 43 (Alexandra Senfft), Seite 45 (Hänsel), Seiten 46, 47, 48 (Perwin Legerin), Seiten 49, 53 (Tim Alsiofi), Seite 56 (Alarm Phone), Seite 59 (Mediterranea Saving Humans) • **ISBN:** 978-3-941381-43-8

Schlepper online im Internet: www.frsh.de/schlepper

Adresse: Redaktion „Der Schlepper“ • Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. • Sophienblatt 82-86 • 24114 Kiel • Tel.: 0431 735000 • Fax: 0431 736077 • schlepper@frsh.de • www.frsh.de